

Informationsbesuch bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow

07.11.2024



© Landtagsverwaltung MV

In seiner 78. Sitzung am 7. November 2024 besuchte der Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow und informierte sich zu den aktuellen Gegebenheiten, Erfordernissen und Zukunftsplänen der Fachhochschule.

Vertreterinnen und Vertreter der Fachhochschule berichteten dazu dem Ausschuss und beantworteten die Fragen der Ausschussmitglieder. Der Betrieb der Fachhochschule habe im Jahr 1991 begonnen. Die Fachhochschule biete Ausbildungen und Studiengänge in den Bereichen

Allgemeine Verwaltung, Polizei und Rechtspflege an. Die Verwaltungsausbildung erfolge für das Land sowie den kommunalen Bereich. Das Institut für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung sei für die Fortbildung insbesondere der allgemeinen Landesverwaltung zuständig. Am Ausbildungsinstitut für die Kommunal- und Landesverwaltung würden berufsbegleitende Fortbildungslehrgänge nach dem Berufsbildungsgesetz angeboten. Der Fachbereich Polizei sei verantwortlich für alle Fortbildungsmaßnahmen, die in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt werden sollten. Die Fachhochschule sei zudem im Forschungsbereich tätig.

Die Liegenschaft umfasse 15 Hektar Fläche und es würden 17 Gebäude genutzt. Die Fachhochschule verfüge über 445 Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende sowie 247 Wohnheimplätze für Fortzubildende, Lehrende und temporär für Polizeieinsätze. Seit 1995 habe es zahlreiche bauliche Maßnahmen im Umfang von 79,9 Mio. Euro gegeben. Bei allen Baumaßnahmen müsse darauf Rücksicht genommen werden, dass die Liegenschaft dem Denkmalschutz unterliege. Seit 2019 habe es einige Entwicklungen des Campus gegeben. So seien eine Inbetriebnahme der Raumschießanlage, eine Teilsanierung der Goldberger Str. 8 als Interimsgebäude, eine Grundsanierung des Sportplatzes und des Gebäudes 9 für den Fachbereich Polizei und den polizeiärztlichen Dienst des Landesamtes für Zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPBK), die technische Ausstattung von Seminarräumen mit interaktiven Systemen sowie die Ausstattung von Seminarräumen mit hybrider Technik erfolgt. Erforderlich seien auch Baumaßnahmen an den Gebäuden 13 und 14. Prioritär sei derzeit aber die Sanierung des Lehrgebäudes 2. Dieses verfüge über keine strukturierte Verkabelung und es sei kein WLAN vorhanden. Zudem weise der Boden eine Schadstoffbelastung auf, aus der neben einer Geruchsbelästigung auch Gesundheitsgefahren resultierten.

Derzeit gebe es an der Fachhochschule 554 Studierende, 354 Auszubildende und 93 Teilnehmende an Weiterqualifizierungen. Die Fachhochschule verfüge zudem aktuell über 116 hauptamtlich Lehrende. 15 Prozent der Lehrenden seien abgeordnet. Die Anzahl der Studierenden und Auszubildenden an der Fachhochschule habe mit den Jahren zugenommen und sich im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2015 verdoppelt. Aufgrund der Corona-Pandemie seien die Zahlen seit 2020 wieder rückläufig.

Die Nachwuchskräftegewinnung sei daher auch für die Fachhochschule ein großes Thema. Im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit sei die Internetseite im Jahr 2023 relaunched worden. Diese werde sehr gut angenommen und verfüge über eine Verknüpfung mit dem Karriereportal. Ergänzt werde dies durch Social-Media-Auftritte auf Facebook und Instagram sowie durch einen eigenen YouTube-Kanal. Im Rahmen der Nachwuchskräftegewinnung werde zudem ein Ferientrainingstag angeboten, an dem Interessierte in den Ferien in den Bereichen Sport, Vorstellungsgespräch und

kognitiver Leistungstest proben und trainieren könnten. Sehr medienwirksam sei der „Polizeitest auf Reisen“, der es Bewerbern ermögliche, die Aufnahmetests in ihrer Heimatregion zu absolvieren. Begonnen worden sei in Stralsund und Wismar, im Jahr 2024 habe dieser in Ludwigslust und Neubrandenburg stattgefunden. Im Dezember 2024 solle zum ersten Mal das „Bewerbungstraining am Abend“ stattfinden.

Für mehr Attraktivität solle der im Oktober 2022 eingeführte Y-Studiengang im Polizeibereich sorgen, der ab dem 3. Semester eine Spezialisierung auf den Bereich der Schutzpolizei oder den Kriminalpolizeibereich ermögliche. Seit Oktober 2024 werde zudem der neue Studiengang des Aufstiegsbachelors in der Verwaltung angeboten. Mit diesem verkürzten Studium über zwei Jahre solle auch im Verwaltungsbereich ein Aufstieg vom ehemals mittleren in den gehobenen Dienst ermöglicht werden. Des Weiteren solle ab September 2025 eine neue Anwärterausbildung zum Justizfachwirt im zukünftigen Bereich Justiz angeboten werden. Diese solle die zweieinhalbjährige Ausbildung der Justizfachangestellten ersetzen.

Das Studium und die Ausbildung seien das Kernthema der Fachhochschule. Dies hänge jedoch eng mit der Ausstattung und dem Lehrpersonal zusammen. Entscheidend sei eine langfristige Ausrichtung des Lehrpersonals. Diesbezüglich sei die Fachhochschule dringend auf den Abschluss des Zukunftskonzeptes angewiesen. Wesentlich sei auch, den Unterricht thematisch und didaktisch immer auf den neuesten Stand zu bringen. Dazu müsse eine Anpassung der Didaktik durch fortlaufende Etablierung moderner Unterrichts- und Studienformate erfolgen.

Abschließend besichtigte der Innenausschuss das Gelände der Fachhochschule und insbesondere das Gebäude für das Einsatztraining, die Sporthalle, die Schießanlage, das neu sanierte Gebäude 9 sowie das Lehrgebäude 2.